

(Abgeordneter Beda.)

am Streik beteiligen lassen, werden wir in die Maschinenräume eindringen und Gewalt anwenden.

(Hört, hört! rechts.)

Das ist Tatsache, und der Stadtrat von Wurzen hat von diesen Sachen Kenntnis erhalten.

Weiter ist es so gegangen — und das habe ich aus eigener Erfahrung erlebt —, daß tatsächlich Leute dieses Sicherheitsdienstes vor die Fabriken gegangen sind und die Arbeiter einfach nicht hineingelassen haben. Dazu kommt noch ganz besonders erschwerend, daß die betreffenden Unternehmer gar keine Kenntnis von dem beabsichtigten Streik hatten. Die Folge davon war, daß man früh die Kessel geheizt hatte und alles unter Dampf stand, um den Betrieb eröffnen zu können. Der ganze Kohlenverbrauch ist nutzlos verschwendet worden, in die Luft hinausgegangen; und alles das, weil verlangt wurde, daß man sofort die Betriebe einstellen müsse. Weiter sind dadurch vorbereitete Stoffe dem Verderben ausgesetzt worden und einfach verloren gegangen. Also man sieht, daß der unglaubliche Zwang doch ein völlig ungerechter war, und man mußte, wenn man schon den Streik inszenieren wollte, die zum Streik Auffordernden vorher dahin aufklären, den Betrieben wenigstens so viel Freiheit zu lassen, daß sie die Stoffe, die dem Verderben ausgesetzt waren, erst noch verarbeiten konnten.

(Abg. Günther [Blauen]: Sehr richtig!)

Es ist in den letzten Tagen hier so viel von dem Wahnsinn solcher wie der Streiks gesprochen worden, daß man hoffen möchte, daß endlich die klare Vernunft überall zum Durchbruch kommt.

Mit den Sicherheitstruppsen scheint es eine ureigene Bewandnis zu haben. Wir haben tatsächlich die Verordnung bekommen, daß die Sicherheitstruppe gebildet werden soll. Diese Verordnung kam doch vom Generalkommando. Und man sollte denken, daß die Anordnungen und Bedingungen auch erfüllt würden. Wie es in Wurzen liegt, ist in einem Berichte über die Vollziehung des A.- und S.-Rates zu Wurzen zum Ausdruck gekommen; da heißt es: „Einstimmig gibt die Vollziehung alsdann ihre Zustimmung zu dieser Angelegenheit — nämlich zur Organisation der Sicherheitswehr — mit der Bedingung, daß vor der Anstellung der betreffenden Mannschaften der Arbeiter-Rat um Einverständnis und Gutachten ersucht werden soll“. Es ist wohl sehr erklärlich, daß mit einer solchen Maßnahme selbstverständlich ein großer Teil eingeschriebener unabhängiger Sozialdemokraten in erster Linie für die Sicherheitstruppsen berücksichtigt wird. Darin kann natürlich eine Sicherheit für die gesamte

Bürgerschaft, für die gesamten Staatsbürger nicht erblickt werden, denn wir sehen ja immer und immer wieder, wie die Gegensätze aufeinanderplagen, die Gegensätze in ihren derzeitigen politischen Zielen, die wir überall in dem Zwiespalt zwischen den sozialdemokratischen Parteien sehen. Die Wurzener Bürgerschaft kann in dieser Sicherheitswehr keine Gewähr in der Hinsicht erblicken, daß sie mit dazu da ist, auch das Privateigentum zu schützen. Kürzlich hat hier in der Kammer der Herr Minister Schwarz, indem er sich zu den Bürgerlichen gewendet hat, das bekannte Treiben der Alideutschen verurteilt, die er nach seiner Meinung für die heutige Lage verantwortlich machte. Er bedauerte, daß man seinerzeit nicht habe eingreifen können, als 25 Prozent 90 Prozent andere verrückt gemacht hätten. Hoffen wir zuversichtlich, daß unsere derzeitige Regierung nicht weiter zusieht, wenn wiederum ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung einen gewaltig großen Prozentsatz wirtschaftlichem Wahnsinn zuführt. Wir vertrauen der Regierung und erwarten ihren Schutz, den wir alle so nötig brauchen, für Ordnung, für Arbeit und für Brot.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. Dietel: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lange (Leipzig).

Abgeordneter Lange (Leipzig): Meine Damen und Herren! Nachdem so ausführlich über die Interpretationen geredet ist, kann ich mich ziemlich kurz fassen. Ich möchte das Ergebnis darin zusammenfassen, daß der einzige Lichtblick der Aussprache aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schäfer hervorsieht, der an eine Verständigung glaubt! Ich muß zwar gestehen, zu einer Verständigung gehören zwei, und dann wären Verständigungen doch auch bis heute schon möglich gewesen, man hätte bei gutem Willen, zu verhandeln, nicht bis heute zu warten brauchen. Ich fürchte, es wird dem Herrn Kollegen Schäfer genau so gehen, wie es unserem früheren Kollegen, dem jetzigen Stadtverordneten Seger in Leipzig gegangen ist, der auch am Mittwoch vor acht Tagen in öffentlicher Stadtverordnetensitzung in Aussicht stellte, das Elektrizitätswerk, das Gaswerk, das Wasserwerk würden durch die Stilllegung nicht berührt werden. Er ist aus dem A.- und S.-Rat ausgeschieden, ein anderer hat die Leitung übernommen, weil er die Verantwortung wohl nicht mehr tragen wollte und konnte. So fürchte ich, daß die Verständigung, die der Herr Kollege Schäfer in Aussicht gestellt hat, so sehr ich sie begrüßen würde, mehr ein Wunsch bleiben wird, zu vernünftig, als daß er in Erfüllung geht. Diese Angelegenheit, die heute erörtert worden ist, ist so tief bedauerlich; wir kommen aber um